

Der Ruck hat stattgefunden

- 09.04.2020
- Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
- Henry Habegger

Der Ruck hat stattgefunden Der Bundesrat leitet den Ausstieg aus den Corona-Massnahmen ein - auch im Interesse der Wirtschaft. Er glaubt, dass das Risiko, das er eingeht, kalkulierbar ist. Henry Habegger Die Klausursitzung des Bundesrats dauerte gestern weniger lange als manche Beobachter vermutet hatten. Die sieben Regierungsmitglieder wurden sich schneller einig über das weitere Vorgehen in dieser historischen Krise, als manche erwartet oder befürchtet hatten. Es war kurz nach 16.

30 Uhr, als eine zufriedene Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) im Medienzentrum des Bundeshauses erklärte: «Vor dreieinhalb Wochen sagte ich hier, es müsse ein Ruck durch unser Land gehen. Dieser Ruck hat stattgefunden zum Glück. Das ist grossartig, wir können stolz sein.» Am 16. März hatte die Bundespräsidentin an gleicher Stelle den «Ruck» eingefordert.

Der Bundesrat hatte die «ausserordentliche Lage» erklärt. Und mitgeteilt: «Alle Läden, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe werden bis am 19. April 2020 geschlossen.» Gestern sagte Sommaruga: «Die Massnahmen zeigen Wirkung, das Konzept des Bundesrats ist erfolgreich.» Man danke der Bevölkerung.

Aber die Unsicherheit, wann die Massnahmen gelockert würden, sei für alle belastend. «Alle brauchen jetzt eine Perspektive, und zwar rasch.» Dosierte und gezielt Lockern: Die Feuerprobe kommt erst noch Diese Perspektive ist: Die Massnahmen werden zwar bis am 26. April verlängert. Aber bereits vor Ende April sollen erste Lockerungen «vorsichtig und schrittweise» erfolgen.

Nach Ostern, am 16. April, will der Bundesrat sagen, wie diese Lockerung vonstatten gehen soll. «Wir sehen Licht am Ende des Tunnels», sagte Gesundheitsminister Alain Berset (SP). Die Lage habe sich «nach fast vier Wochen günstig entwickelt». Bund rechnet mit düsteren Wirtschaftsszenarien Im März hat das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco die Prognose für das Jahr 2020 mit Blick auf die Coronakrise angepasst.

Das Bruttoinlandprodukte BIP sollte im Jahr 2020 um 1,5 Prozent zurückgehen, die Arbeitslosigkeit auf 2,8 Prozent steigen. Am Mittwoch skizzierte der Bund 2 weitere Szenarien: - V-Rezension: DerShutdown hält länger an als gedacht. Im Inland bis Ende Mai. Die Produktion geht übers Jahr um einen Viertel zurück. Im zweiten Jahr erholt sich die Wirtschaft wieder.

Massenentlassungen, Firmenbankrotte oder Kreditausfälle in grosser Anzahl bleiben aus. Das BIP schrumpft um 7 Prozent, die Arbeitslosigkeit steigt auf 4 Prozent. — L-Rezension: DerShutdown wird erst ab Juni allmählich gelockert. Es kommt zu Zweitrundeneffekten. Entlassungswellen, Firmenbankrotte oder Kreditausfälle häufen sich.

Die Arbeitslosigkeit steigt auf 4,5 Prozent und 2021 auf 6-7 Prozent. Der Konsum bricht ein. Das BIP geht um 10 Prozent zurück, (chm) Ansteckungen, Spitaleinweisungen und Todesfälle nähmen zwar immer noch zu, aber die Kurve verflache sich. Die Spitäler seien nicht überlastet. Jetzt laufen die Abklärungen, wann und wo zuerst gelockert werden kann.

Das werden Bereiche sein, wo es nicht zu grossen Menschenansammlungen kommt. Berset warnte davor, nachlässig zu werden. An Ostern sei es wichtig, zu Hause zu bleiben. «Wir

müssen weiter die Distanz- und Hygienemassnahmen einhalten. Nur so schaffen wir es, rasch zur normalen Lage zurückzukehren.

» Der Druck auf dem Bundesrat war gestern hoch. Die Wirtschaft drängte auf möglichst rasche Lockerungen, weil der Schaden durch den weitgehenden Stillstand gigantische Ausmasse anzunehmen droht. Allen voran Wirtschaftsminister Guy Parmelin, Finanzminister Ueli Maurer sowie Justizministerin Karin Keller-Sutter drückten aufs Tempo bei den Lockerungen. Druck machte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das die Coronakrise zunächst unterschätzt hatte. Es lieferte zwei neue, dramatische Negativszenarien für die weitere Entwicklung.

Das optimistischere rechnet damit, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) bis Ende 2021 um 90 Milliarden Franken einbricht. Dies aber nur, sofern der Shutdown Ende Mai vollständig aufgehoben ist. Das zweite Szenario geht gar mit einem BIP-Verlust von 170 Milliarden aus, von «permanenten Wohlstandsverlusten» und einer Arbeitslosigkeit von bis zu 7 Prozent. Dieses Szenario gilt für den Fall, dass der Shutdown erst ab Juni allmählich gelockert wird (siehe Box). Eine Güterabwägung zwischen Gesundheit und Wirtschaft.

Die Ansichten im Bundesrat gingen, so sagen Beobachter, nicht wesentlich auseinander, und auch gegen aussen wurde Geschlossenheit demonstriert. Dass die Situation schnell normalisiert werden muss und kann, war dem Vernehmen nach unbestritten. Zwar beinhaltet die Exitstrategie ein Risiko, aber es sei kalkulierbar, heisst es im Umfeld von Bundesräten. Auch die Experten um das Bundesamt für Gesundheit sollen keine Einwände gegen den Öffnungskurs geltend gemacht haben. Von einer «pragmatischen Ausstiegsplanung» ist die Rede.

Auch unter dem Eindruck der düsteren Wirtschaftsaussichten will der Bundesrat das Land in Koordination auch mit dem Ausland allmählich wieder öffnen. Wirtschaft und Wissenschaft sollen weiterhin eng einbezogen werden, sagte Berset. «Entscheidend ist die Entwicklung der Neuinfektionen, der Hospitalisierungen, der Todesfälle». Das Ziel sei weiterhin, die besonders verletzlichen Personen zu schützen und die weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Die Feuerprobe kommt erst noch.

Die Lockerung muss dosiert und gezielt erfolgen, um nicht fatale Rückschläge zu riskieren und neue Ansteckungsherde. «Diese Phase der Lockerung dauert Wochen, ich weiss nicht, wie viele», sagte Berset. Klar sei: «Das Tempo wird diktiert von der Entwicklung der Epidemie.» Wirtschaftsminister Guy Parmelin (links), Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Gesundheitsminister Alain Berset traten gestern gemeinsam vor die Medien. Bild: Keystone Bund greift Swiss unter die Flügel Der Bund will die notleidende Luftfahrt entlasten - mit Bedingungen.

Ausgerechnet Simonetta Sommaruga: Der Bundespräsidentin fällt als Verkehrsministerin die Aufgabe zu, ein Rettungspaket für die Luftfahrtindustrie zu schnüren. Die Affiche entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Erst Anfang März polterte die Aviatikbranche heftig gegen die SP-Politikerin. Sommaruga ignorierte die Bedeutung der Luftfahrt, kritisierte Branchenpräsident und SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Das Departement werde ideologisch verblindet geführt.

Doch nun sind Hurter und die Branche die Bittsteller. Die Swiss und mit ihr andere, hier ansässige Aviatikfirmen wie Swissport, Gategroup oder Easyjet Switzerland benötigen Geld vom Staat, um einen Liquiditätsengpass zu verhindern, der sie zu einem definitiven Grounding zwingen könnte. Bei der Medienkonferenz am Mittwoch war von Ideologie seitens Sommaruga nichts zu spüren. Ihre Botschaft war klar: Ja, der Bund wird der stark betroffenen Luftfahrtindustrie vorübergehend mit Liquidität aushelfen, aber unter strengen Bedingungen und nur subsidiär. Zuerst sind Swiss und Co.

also gefordert, transparent aufzuzeigen, dass sie alle Sparmassnahmen ausgereizt haben. Sommarugas Verkehrsdepartement wird in den kommenden Wochen zusammen mit Wirtschaftsminister Guy Parmelin und Finanzminister Ueli Maurer einen Vorschlag erarbeiten. Bis Ende April soll er stehen. Im Vordergrund stehen laut Sommaruga Garantien des Bundes. «Diese Bedingungen sind nicht verhandelbar» Künftige Erträge müssen zuerst für die Rückzahlung der Darlehen verwendet werden.

Das heisst: Keine Dividenden, bevor die Schuld nicht getilgt ist. Für die bereitgestellten Beträge wird der Bund marktkonforme Zinsen erheben oder anderweitige Vergütungen beanspruchen. Und die Gelder müssen in der Schweiz bleiben. «Diese Bedingungen sind für den Bundesrat nicht verhandelbar», sagt Sommaruga. Die Bundespräsidentin begründet die Staatshilfe mit der volkswirtschaftlich kritischen Infrastruktur, welche die Anbindung der Schweiz ins Ausland sichere.

Ohne sie drohten grosse Einbussen, da mehr als ein Drittel aller Exporte die Schweiz per Luftfracht verlassen und ein Sechstel der Importe via Flugzeug geliefert werden. Die Luftfahrtbranche zählt hierzulande direkt und indirekt 190 000 Angestellte. Benjamin Weinmann Online: Der Artikel in voller Länge und ein Interview mit Flughafen-Zürich-Chef Stephan Widrig. Kommentar Geld ja, aber kein Blankocheck Der Bundesrat wird der Swiss und anderen Schweizer Aviatikfirmen unter die Arme greifen - und das ist gut so. Wenn ein Coiffeur-Salon in Konkurs geht, ist das extrem bitter für den Besitzer.

Die Folgen für das Wirtschaftssystem sind jedoch klein. Das ist bei der Swiss und anderen Luftfahrtbetrieben anders. Fallen sie weg, führt dies zu einer Kettenreaktion. Viele international tätige Firmen und Organisationen haben nicht zuletzt dank der guten Anbindung via Kloten ihren Sitz in der Schweiz. Insofern darf der Bundesrat der Luftfahrt sehr wohl einen Sonderstatus zuordnen.

Gerade in der jetzigen Krise zeigt sich die immense Bedeutung des Luftwegs, sei es für die grösste Rückholaktion in der Geschichte dieses Landes von gestrandeten Schweizern im Ausland oder für den Import von medizinischen Artikeln aus China. Ein Blankocheck wäre aber falsch, wie der Bundesrat richtig urteilt. Das Risiko eines Milliardenkredits soll von der Lufthansa in besseren Zeiten nicht nur zurückbezahlt, sondern marktkonform vergütet werden. Natürlich bringt die Swiss der Schweizer Wirtschaft sehr viel. Zudem bezahlt sie hier die Steuern, genauso wie ihre rund 10 000 Angestellten.

Doch auch das Geschäft in der Schweiz bietet Vorzüge für ihre Eignerin, die Lufthansa. Nicht nur konnte sie die Swiss, als diese in finanzieller Not war, als Schnäppchen erwerben. Seither lieferte die Swiss regelmässig Millionengewinne an ihre Muttergesellschaft. Einerseits dank des Einbezugs ins Lufthansa-Netz, aber auch dank der hohen Schweizer Kaufkraft. Insofern wäre nur schon die Ankündigung begrüssenswert, dass für das Geschäftsjahr 2019, in dem die Swiss 578 Millionen Franken Gewinn erzielte, keine Dividenden nach Frankfurt fliessen.

Dies sollte auch geschehen, bevor beim Personal drastische Zugeständnisse verlangt werden oder gar Entlassungen nötig sind. Der Bundesrat hat bei seiner Botschaft an die Luftfahrt den richtigen Ton getroffen. Doch nun steht er vor der weitaus schwierigeren Frage: Wer erhält wie viel? Benjamin Weinmann benjamin.weinmann@chmedia.ch.